

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

15. Jahrgang 1967

1. Heft/Januar

THEODOR HEUSS †

## FRAGMENT VON ERINNERUNGEN AUS DER NS-ZEIT

### *Vorbemerkung des Herausgebers*

Über die Entstehungsgeschichte des nachfolgenden Fragments unterrichtet das Nachwort von Dr. Eberhard Pikart, dem Kustos des Theodor-Heuss-Archivs. Die beiden im Original vorgesehenen Kapitelüberschriften – Machtergreifung und Ermächtigungsgesetz – wurden selbstverständlich beibehalten, doch ist in die Sachkapitel, besonders das zweite, soviel an persönlicher Erinnerung und rückschauender Betrachtung eingeflochten worden, daß eine Gesamtüberschrift angemessen erschien, die dem im einzelnen lockeren Aufbau entspricht.

Dem Unterzeichneten hat das Originalmanuskript vorgelegen, es war nach seiner Beschaffenheit offensichtlich, daß es besonders gegen Ende hin der Kürzungen bedurfte. Dr. Ernst Ludwig Heuss hat sich mit den von Dr. Pikart vorgeschlagenen Streichungen einverstanden erklärt, und auch seine in den Anmerkungen niedergelegte Kommentierungsarbeit durch Hinweise unterstützt. Alle Auslassungen sind kenntlich gemacht, doch wurde davon abgesehen, sie in den Fußnoten inhaltlich zu erläutern, um nicht den Eindruck zu erwecken, als sei Interessantes aus irgendwelchen anderen als redaktionellen Gründen weggelassen worden. Auch die vorgenommene Straffung kann dem Fragment gewiß nicht die Geschlossenheit und Durchgestaltung verleihen, die man bei Theodor Heuss gewohnt ist. Aber das Fragment enthält so viel an sachlich Wichtigem, an persönlich Bezeichnendem und, wie der Autor selbst bemerkt, auch in kleinen Zügen so viel an Zeitatmosphäre, daß wir die Möglichkeit, mit ihm den neuen Jahrgang der Vierteljahrshefte zu eröffnen, dankbar begrüßen.

H. R.

### DIE „MACHTERGREIFUNG“

Dieser Begriff hat sich in einen festen Termin eingegraben, den 30. Januar 1933, da dem widerstrebenden alten Hindenburg Hitlers Ernennung zum Reichskanzler abgerungen war. Meine Geburtstagsfeier, die unmittelbar folgte, verlief in kläglich-stimmiger Stimmung, denn ich war über die kommenden Dinge, sachlich und persönlich, ohne jegliche Illusion. Doch bin ich besser durch die Hitlerjahre hindurchgekommen, als ich eigentlich rechnen durfte – Elly übernahm die finanzielle Unterbauung der bürgerlichen Existenz, hat dies freilich mit ihrer Gesundheit bezahlt.

Ich kann keine Geschichte der nationalsozialistischen Periode schreiben wollen, wenn ich auch später eine Zeitlang in derlei eine mögliche Lebensaufgabe des Alters sah<sup>1</sup> – darüber ist ja eine ganze Literatur mit Dokumenten entstanden: ich selber hatte Grund genug, Dokumente nicht zu sammeln, sondern zu vernichten.

<sup>1</sup> Vgl. Theodor Heuss, *Aufzeichnungen 1945–1947*, Veröffentlichung des Theodor-Heuss-Archivs, Tübingen 1966, S. 24, 50, 229, Anm. 1.

Zwei an sich unbedeutende Geschehnisse aus den ersten Wochen würden mir der Erwähnung kaum wert erscheinen, wären sie nicht in ihrem Milieu so paradox gegensätzlich gewesen: Studentenreden, deren Termine schon festlagen. Irgendein Geheimrat im Ernährungsministerium wollte politische Kurse bei den Corps der landwirtschaftlichen Hochschulen veranstalten; Hermann Dietrich, der einmal sein Chef gewesen, war zu einem Referat über den „Liberalismus“ gebeten, schob aber die Bitte an mich ab; ein Abend sollte dem „Konservatismus“ gelten, ein dritter dem „Sozialismus“. Ein Student würde sich für ein Korreferat bereithalten; der kam denn auch brav zu mir, erhielt einige Literatur, er war höflich, nett und ahnungslos. Um mich über die Atmosphäre zu unterrichten, ging ich zu dem Abend über den „Konservatismus“ – kein geringerer als Elard von Oldenburg-Januschau hielt den Hauptvortrag. Das war nun subjektiv großartig und zugleich lehrreich; denn er redete spürbar an den Erwartungen der jungen Leute vorbei, indem er, mit Erinnerungen an seine junge Soldatenzeit geschmückt, eine Apologie des hohenzollerischen Monarchismus gab. Der „Januschauer“ muß ein sehr hervorragender Landwirt gewesen sein, denn in den gleichen Jahren oder Jahrzehnten, da er die schroffsten Klagereden, Anklagereden über den Untergang des östlichen Grundbesitzes hielt, erweiterte er den eigenen Besitz mit immer neuen Gütern über das heimatliche Ostpreußen weit hinaus. Man erzählte sich damals, daß er auf den alten Herrn von Neudeck, Hindenburg, einen starken politischen Einfluß ausübe, aber ein Freund des Hitlertums war er nicht. Als die Referate und Diskussionen vorbei waren, saßen wir im kleinen Kreise noch lange zusammen – es war mit dem stattlichen Mann gut zu zechen – mit einer vehementen Unbefangenheit schimpfte er auf die Verderbnis der politischen Sitten durch die Störkommandos der SA, und er war selber gewiß nicht zimperlich.

Das also spielte sich in dem etwas schauerlichen Stadtviertel um den Stettiner Bahnhof ab mit den so fatal dorthin passenden Straßennamen Novalis, Schlegel u. s. f. – die andere Gelegenheit in der Charlottenburger Chaussee. Einer meiner Hörer an der Hochschule für Politik, der sich auch wacker an den Übungen beteiligte (und lange, auch als er emigriert war, persönlich anhänglich blieb), war Mitglied einer der farbentragenden, fechtenden jüdischen Verbindungen. Ob ich einmal auch in diesem Kreise sprechen würde? Gewiß, der verwandelte Tag bot das Thema an. Ich war mit einigen Männern, die aus diesen Reihen hervorgegangen, befreundet oder doch wohl bekannt, dem (damals) schon verstorbenen Abgeordneten Ludwig Haas<sup>2</sup>, dem aus Straßburg stammenden, in der Emigration dann sehr tätigen Rechtsanwalt Bruno Weil<sup>3</sup> – auf der Erinnerung an diesen Abend liegt ein tragischer Schatten: Das „Generationsproblem“ wurde von mir kaum sonst so unmittelbar empfunden; in einer Vereinfachung habe ich damals, nach meinem Eindruck gefragt, geantwortet, daß ich vor „verhinderten Nazis“ gesprochen hätte. „Alte Herren“, die an jenem Abend auch anwesend waren, glaubten sich bei mir

<sup>2</sup> Ludwig Haas, 1875–1930, MdR 1919–1930, seit 1928 Fraktionsvorsitzender der DDP.

<sup>3</sup> Bruno Weil war durch das Buch: Der Prozeß des Hauptmanns Dreyfus, Berlin 1930, hervorgetreten.

für den Widerspruch entschuldigen zu müssen, den ich bei einer Anzahl der Jungen gefunden hatte (für mich wurde es nach Jahrzehnten die seltsamste Erfahrung, daß ein Stück dieses studentischen „Brauchtums“ von jüdischen Emigranten auch in der weiteren Pflege dieser für unsereins sehr fragwürdigen Tradition eine Form des Heimwehs blieb).

Auch das für zwölf Jahre letzte Auftreten am Rundfunk fällt in diese Wochen. Ich hatte dort, zumal als Hans Roeseler<sup>4</sup> die „Deutsche Welle“ betreute, gelegentlich über historische, über landschaftliche Dinge geredet; jetzt sollte ich, nach einem einleitenden Vortrag von Otto Flake<sup>5</sup>, über „Die Toleranz“ mit einem Nationalsozialisten ein Streitgespräch führen, es war der erste Nationalsozialist, der in mein Haus kam. Aber ich merkte bald, daß er innerlich auf dem Abmarsch war – er hatte unter dem Pseudonym des rechtskundigen Führers des großen Bauernkrieges, Weigand von Miltenberg, einiges publiziert und sprach, als Anhänger von Gregor und Freund von Otto Strasser, mit großem Freimut über die Zerwürfnisse in der Partei, die ich selber gar nicht so durchschaute. Aber man konnte mit diesem Literaten Herbert Blank<sup>6</sup> sich auch ganz witzig verständigen – wir beschlossen, die Rollen, die Roeseler und Flake uns offenbar zugehört hatten, einfach zu tauschen – er, freilich mit einem stärkeren Wissen über die Elemente, die jetzt im Aufbruch standen, sollte die Fairness verteidigen, ich selber machte den Versuch, das Wort Toleranz von dem sentimental Gewährenlassen freizumachen, indem ich von dem streitbaren Lessing ein Bild zu geben versuchte. Flake war über den Verlauf dieser Diskussion baß erstaunt. Ich habe zunächst das Schicksal dieses Mannes Blank völlig aus den Augen verloren, aber er hat die Zeit überstanden; wenn auch, wie ich erst sehr viel später erfuhr, in einem KZ durch Jahre der Rache seiner alten Pg's ausgeliefert. In den fünfziger Jahren kam eine Broschüre von ihm in meine Hand, in der er den Bundespräsidenten freundlich tadelte, daß er zu „gemütlich“ sei und ihm empfahl, „leutselig“ zu werden – er griff dabei nach einem Wort, das ich von Jugend an wegen seines herablassenden Tones gehaßt habe. Der Mann hatte mein Wesen trotz der vergnügten, mit „scharfem Wasser“ angeheizten intimen und langen Aussprache nicht begriffen.

Doch das sind ja nur anekdotische Nebendinge, die sich im Gedächtnis festhaken. Wie sich das Schicksal im persönlichen Bereich gestaltete, ist mir zum Teil erst später einigermaßen deutlich geworden. Etwa dies: Bei einem Besuch in der Heimat übergab mir mein alter Freund aus dem Naumannkreis, der Leiter des Frauengefängnisses von Gotteszell, Ernst Henning, das Inhaltsverzeichnis des

<sup>4</sup> Hans Roeseler, geb. 1895 in Berlin, Leiter des Buchverlages bei Ullstein und Geschäftsführer des Propyläen-Verlages, Berlin.

<sup>5</sup> Otto Flake, 1880–1963; zur Zeit der Machtergreifung durch verschiedene Veröffentlichungen (Hortense, 1932; Der Straßburger Zuckerbeck, 1933; Die Töchter Noras, 1934) bekannt geworden. F. war in Metz geboren.

<sup>6</sup> Herbert Blank (Pseudonym: Weigand von Miltenberg), 1899–1958, Autor von: Adolf Hitler, Wilhelm III., Berlin 1931; Schleicher, Hitler? – Cromwell, Der Rhythmus in der Geschichte, Leipzig 1932, (nach 1945: Konservativ, Hamburg 1955).

„Fahndungsblattes 1933“, wo ich alphabetisch zwischen Notzuchtverbrechern, Münzfälschern u. s. f. mit dem Stichwort „Schutzhaft“ aufgeführt war – ich habe das Blatt lange in der Brusttasche herumgetragen und offen gestanden leicht damit renommiert, bis das Verfahren Elly zu dumm oder zu leichtfertig wurde und sie das Papier wegnahm und vernichtete. Es ist mir nach 1945 nicht geglückt, jenes Fahndungsblatt mit dem Steckbrief irgendwo aufzutreiben. Aber ich erfuhr durch einige meiner Hörer, daß der damalige nationalsozialistische Polizeipräsident in Berlin Carl Ernst ein regelmäßiger Hörer meiner Vorlesungen, ein Teilnehmer auch meiner Seminare an der Hochschule für Politik gewesen sei, ohne sich selber aktiv beteiligt zu haben. Dieser historisch fragwürdige Mann, der 1934 ein Opfer des Röhm-Putsches geworden ist, soll in dieser turbulenten Zeit eine Art Schutzgeist für mich gewesen sein. Möglich, daß mein Bemühen, Nationalsozialisten wie Kommunisten wie natürlich auch die anderen nicht unter dem Zielpunkt der Wertung oder gar der Polemik, sondern einfach der Sachbelehrung zu behandeln, ihn beeindruckt hat – es war mir lange nicht deutlich, ob diese Haltung des Mannes für oder gegen meine pädagogische Befähigung spreche. Angeblich, das erzählte mir der Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“, habe mir meine Reichstagsrede vom Mai 1932<sup>7</sup> in führenden Parteikreisen einigen nachwirkenden Respekt verschafft – mir konnte das recht sein, wenn man mich zunächst in Ruhe ließ.

Immerhin, das war bald deutlich: Die berufliche und die politische Tätigkeit würde in mancherlei Wandlung gezwungen werden. Die Liste der Dozenten, die von der Deutschen Hochschule für Politik entlassen werden mußten, wurde, wie ich von Jäckh erfuhr, durch mich eröffnet<sup>8</sup>; „Hitlers Weg“ durfte nicht mehr ausgeliefert werden und der Verlag suchte seine Sünde – er hatte die Schrift erbeten – wieder gutzumachen, indem er von einem früheren Kleriker namens Huber

<sup>7</sup> Vgl. Verhandlungen des Deutschen Reichstags Bd. 446, S. 2587–2595, Sitzung vom 11. 5. 1932; die Rede ist im Wortlaut abgedruckt in: Theodor Heuss, *Erinnerungen 1905–1933*, Tübingen 1963, S. 414–437.

<sup>8</sup> Vgl. Schreiben Ernst Jäckhs an Theodor Heuss vom 3. 5. 1933 (Or.: Theodor-Heuss-Archiv, Stuttgart), wofür ein vorgefertigter Durchschlag verwendet wurde, in den mit Maschine nur der Name eingetragen war: „Herrn Dr. Heuss; Sehr geehrter Herr Doktor: Ich teile Ihnen mit, daß die Mitgliederversammlung des Vereins ‚Deutsche Hochschule für Politik e. V.‘ am 27. 4. 1933 die Auflösung der Deutschen Hochschule für Politik wie die Auflösung des Vereins beschlossen hat. – Da das Reich Ihre Übernahme in die verstaatlichte Hochschule für Politik nicht in Erwägung gezogen hat, bin ich zu meinem Bedauern genötigt, Ihr Vertragsverhältnis zum nächst zulässigen Termin zu lösen. Ich bitte Sie, mir Ihre sich nach dieser Sachlage ergebenden Ansprüche mitzuteilen. – Voraussichtlich wird es gelingen, in irgendeiner organisatorischen Form die bisher von der Forschungs-Abteilung der Hochschule betriebene Forschung weiterzuführen. Für diesen Fall darf ich Sie bitten, mir bis spätestens 8. Mai mitzuteilen, ob Sie bereit sind, einen Forschungsauftrag im Rahmen des Forschungsprogramms entgegenzunehmen; zugleich bitte ich Sie, mir einen konkreten Vorschlag für die Thematisierung Ihres Forschungsauftrages zu machen. – Ich bemerke noch, daß ein eventueller Forschungsauftrag wie auch die Nichtannahme eines angebotenen Forschungsauftrages voll auf die Ihnen zustehende Vertragssumme gemäß § 615 DGB in Anrechnung kommen muß. – Mit vorzüglicher Hochachtung E. Jäckh.“ Zur Person von Jäckh vgl. Anm. 15.

eine völlig subalterne Propagandaschrift verfassen ließ<sup>9</sup>. Ich glaube nicht, daß er viel Freude an ihr erlebt hat.

Hitler hatte, nachdem die Bestellung zum Reichskanzler am 30. Januar bei Hindenburg durchgesetzt war, am 1. Februar den Reichstag aufgelöst; Hugenberg, der zum Reichswirtschaftsminister ersehen war, hatte sich gegen das Verfahren gewehrt, war aber unterlegen. Der neue Kanzler hatte sein Kabinett zunächst so angelegt, daß außer der Berufung von Frick zum Reichsinnenminister, von Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und zum preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister keiner der alten führenden Parteigenossen eine Ministerfunktion übertragen erhielt – das täuschte zahllose Gutgläubige, wohl auch den Reichspräsidenten.

Die Auflösung des Reichstags zwang die übrigen Parteien vor die Frage, was sie sich von einer Beteiligung versprechen könnten. Das betraf vor allem die bei den beiden letzten Wahlgängen dezimierten Mittelparteien. Die Sozialdemokraten, damals auch noch die Kommunisten, das Zentrum und die Bayrische Volkspartei, durften noch mit ihren festen Beständen rechnen, bei den Deutschnationalen war das schon fragwürdig geworden, bei der Volkspartei und der Staatspartei im Grunde praktisch sinnlos, wenn man mit dem Begriff des politischen Tuns den einer wenn auch nur bescheidenen „Macht“ verbindet. Im Grunde war es ein sentimentaler Irrtum, der die Männer und Frauen, die „treu“ geblieben waren, nicht in die parteipolitische Heimatlosigkeit verdammen wollte. Die Technik des damaligen Proporzverfahrens gab die Möglichkeit, durch ein Abkommen mit der Sozialdemokratie die Stimmen zur Wirkung zu bringen – so gelang es, bei den Wahlen vom 5. März fünf Mandate zu sichern. Ich selber habe damals nicht mehr um die heimatliche Kandidatur gekämpft, sondern stand auf der Reichsliste und „führte“ die „Liste“ in dem bayrischen, in dem hessischen Wahlkreis, gesichert war eben nur die „Reichsliste“. Die Versammlungen waren noch ganz ordentlich besucht; in Wetzlar sprach der großartige Ernst Leitz als Kandidat oben neben mir, und sein menschliches Ansehen wie seine soziale Leistung als Unternehmer sicherten dort einen überraschenden starken Erfolg; während der Versammlung in Frankfurt aber kam die Nachricht vom Brand des Reichstagsgebäudes und jedermann spürte, was an böser Dramatisierung auf die deutsche Politik wartete. Das Verbot der kommunistischen Partei war die unmittelbare Folge.

Der Prozeß um den Reichstagsbrand hat bis zum Ende des Jahres 1933 gedauert, aber zu einer völligen Klärung im strengen juristischen Sinn nicht geführt; ein holländischer Kommunist van der Lubbe, der in dem brennenden Bau angetroffen und verhaftet war, galt in dem Todesurteil als der eigentliche Täter, der deutsche Abgeordnete Ernst Torgler und der bulgarische Kommunist Dimitrow wurden

<sup>9</sup> Vgl. Engelbert Huber, *Das ist Nationalsozialismus, Organisation und Weltanschauung der NSDAP, Union Deutsche Verl.-Ges. Stuttgart, Berlin, Leipzig o. J.*; das Buch von Theodor Heuss, *Hitlers Weg, Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus*, ebenda 1932, wurde bald nach der Machtergreifung in Berlin und an anderen Orten öffentlich verbrannt; vgl. Heuss, *Aufzeichnungen*, a. a. O., S. 102.

freigesprochen. Dem Torgler ist auch in der Folgezeit, da die Willkür der Exekutive staatsinstitutionell wurde, nichts geschehen. Wollte man in der Beachtung des Reichsgerichtes doch etwas wie die Fiktion eines Rechtsstaates aufrechterhalten?

### DAS „ERMÄCHTIGUNGSGESETZ“

Jeder von uns, der als Publizist oder als „Politiker“ zu Entscheidungen gezwungen war, die er später bedauerte, hat Dummheiten gemacht. Doch dieser Begriff ist zu schwach für die Zustimmung zu diesem Gesetz und auch das Wort „später“ trifft nicht die innere Lage; denn ich wußte schon damals, daß ich dieses „Ja“ nie mehr aus meiner Lebensgeschichte auslöschen könne. Es hat ja noch eine Rolle gespielt, als fünfzehn Jahre später der Vorschlag kam, – er ist der Öffentlichkeit durch den früheren sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Loebe als erstem vorgelegt worden – mich zum Bundespräsidenten zu wählen.

„Ermächtigungen“ des Parlaments an die Reichsregierung und an den Reichspräsidenten, legislative Akte auf eigene Verantwortung zu vollziehen, um ihre Wirkung zu sichern, hatte es in kritischen Epochen schon vorher einige Male gegeben – doch waren sie sachlich umgrenzt (wesentlich auf Steuerfragen und sozialpolitische Details) und keine deutsche Spezialität. Doch Hitlers Ermächtigungsgesetz hatte einen allgemeinen Charakter und stellte die Geltung der Grundrechte in Frage. Die Ausschußsitzung der Staatspartei<sup>10</sup> kam zu keiner geschlossenen Meinung; vielleicht war dies überraschend, daß die Mehrzahl der Beamten, die sonst die „radikale“ Gruppe darstellte, vielleicht von dem Kommenden schon unterrichtet oder es doch ahnend, die Unterstützung befürworteten, unter dem leidenschaftlichen Widerspruch vor allem von Gertrud Baeumer. Man beschloß, der Reichstagsgruppe die Entscheidung zu überlassen mit dem Ersuchen, einheitlich abzustimmen<sup>11</sup>. Diese fünf Mann aber waren gespalten. Ich selber hatte zwei Erklärungen formuliert, eine für Ablehnung, eine für Enthaltung und war bereit, sie im Plenum abzugeben<sup>12</sup>. An meiner Seite stand nur Hermann Dietrich; Hein-

<sup>10</sup> Gemeint ist wahrscheinlich der „Arbeitsausschuß“ der Staatspartei; seine genaue Zusammensetzung, der Termin seines Zusammentritts, auch Protokolle konnten nicht nachgewiesen werden.

<sup>11</sup> Die Reichstagsgruppe, der Hermann Dietrich, Theodor Heuss, Heinrich Landahl, Ernst Lemmer und Reinhold Maier angehörten, trat am 22. März zusammen. Am 23. 3. um 14 Uhr 05 begann die entscheidende Plenarsitzung des Reichstages. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Erich Matthias und Rudolf Morsey, *Die Deutsche Staatspartei*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsgg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 68–72, 91–97; ferner Reinhold Maier, *Ein Grundstein wird gelegt*, Tübingen 1964, S. 327–330.

<sup>12</sup> Die erste (Ablehnungs-)Erklärung von Heuss ist nicht überliefert; die zweite (Enthaltungs-)Erklärung, Or. im Theodor-Heuss-Archiv, Stuttgart, trägt über dem maschinenschriftlichen Text den handschriftlichen Vermerk: „Entwurf einer Erklärung für Reichstagsitzung vom 23. 3. 1933 – nicht gehalten, weil Fraktion mit 3 gegen 2 Stimmen für das Ermächtigungsgesetz.“ – Reinhold Maier lehnte sich dann im Text der Zustimmungserklärung, die er am 23. 3. verlas, teilweise an diesen Entwurf an.

rich Landahl (Hamburg), Ernst Lemmer, Reinhold Maier votierten für die Zustimmung. Dietrich wollte sich in seiner Haltung nicht von Brüning trennen, mit dem er als Wirtschafts- und dann als Finanzminister in den zurückliegenden Jahren die Hauptverantwortung getragen hatte. Auf seinen Wunsch begab ich mich in der Nachtstunde noch in den Reichstag und ließ Brüning aus der Zentrumsfraktion herausrufen<sup>13</sup>; er berichtete mir von den Zusagen, die Hitler dem Fraktionsführer Prälat Kaas gemacht habe, die er persönlich freilich mit Skepsis betrachtete. Immerhin: das Motiv meines nächtlichen Besuches war ihm sehr willkommen; die beiden Männer, in ihrem Temperament höchst verschieden, waren in den argen Jahren auch menschlich zusammengewachsen. Und so blieb auch ich an der Seite von Dietrich.

Die Klärung der verschiedenen Motive im Verhalten zu diesem „Ermächtigungsgesetz“ erfolgte im württembergisch-badischen Landtag im Frühjahr 1947 durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, den einige seiner Mitglieder, die als Reichstagsabgeordnete jenem Gesetz ihre Stimme gegeben hatten, beantragten<sup>14</sup>. Dort habe ich auch über die Verhandlungen mit Brüning berichtet und Reinhold Maier hat seine früheren Erwartungen vorgetragen, die Führung der Reichswehr werde den Weg in die Illegalität zu verhindern wissen. Er hat sich darin getäuscht, wie wir wohl alle in der Bewertung der kommenden Dinge: In jener „Vernehmung“ habe ich den Ausdruck gebraucht, daß ich für das „Nein“ gerne votiert hätte aus reinem „historischen Stilgefühl“ – Illusionen über das Gewicht eines Ja oder eines Nein konnte ich nicht haben.

Denn, das ist nun meine feste Überzeugung, das „Ermächtigungsgesetz“ hat für den praktischen Weitergang der nationalsozialistischen Politik keinerlei Bedeutung gehabt. Daß es in der Parteienpolemik nach 1945 eine Rolle spielen werde, lag in deren Natur – vor allem, bis es den Leuten zu langweilig wurde, bei den Publizisten der Sowjetzone. Aber wenn Leute wie Hjalmar Schacht in ihren Verteidigungsschriften mit dem Hinweis auf diesen Akt die Loyalität ihrer eigenen Haltung zu begründen suchten, konnte man nur die Achseln zucken. Hitler hat selber gelegentlich später von diesem formalen Akt wegwerfend gesprochen – er beließ den Reichstag als Kollegium für Demonstrationsreden. Aber nur noch einmal war es der im März 1933 gewählte Reichstag – denn im Juli dieses Jahres waren die Parteien zur Selbstaflösung gezwungen, und nur mehr die Nationalsozialisten mit einigen „Gästen“ stellten die Mitglieder des Hauses. Auch Sachberatungen mit Ausschüssen fanden nicht mehr statt.

Hitler hat unzweifelhaft sehr viel fertig gebracht, manches war gewiß nicht in seiner originalen Planung, etwa dies, daß er mich zu einem richtigen Stammtisch-

<sup>13</sup> Über die Besprechungen der Zentrumsführer am Abend des 22. 3. s. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumsparlei, in: Matthias – Morsey, Das Ende der Parteien, a. a. O., S. 360f.

<sup>14</sup> Vgl. Reinhold Maier, Grundstein a. a. O., S. 330; ferner Matthias – Morsey, Das Ende der Parteien a. a. O., S. 69. Die Aussage von Heuss vor dem Untersuchungsausschuß, vor dem auch Reinhold Maier und Hermann Dietrich aussagten, ist abgedruckt in: Sten. Berichte des Württ. badischen Landtages Bd. I, Beilage 77, S. 99f.

bruder gemacht hat und daß Elly dieses abendliche Weggehen oder die Beteiligung an dieser oder jener Mittagsrunde billigte, zumal wenn einige jüdische Leute zu dem und jenem Kreis gehörten: Sie sollten nicht meinen, daß man jetzt nicht mehr mit ihnen zu tun haben wollte. Die „Anderen“ aber merkten das. Die erste „Vorladung“, die ich in eine N.S.-Dienststelle erhielt, sie lag in der Potsdamer Straße, beanstandete, daß, wie man beobachtet habe, jüdische Menschen in unserem Häuschen in der Kamillenstraße vorsprachen. „Gewiß, ich habe auf der Schule gelernt, daß Treue eine wesentliche Eigenschaft der Deutschen sei.“ Der Mann war völlig verblüfft über diese Antwort; er habe mich nur warnen wollen.

Das Warnen war eigentlich nicht mehr nötig. Ich hatte schon vorher festgestellt, daß eine Briefüberwachung eingesetzt hatte; ganz einfach: in einer großen Briefsendung von Gertrud Baeumer war die Vorderseite der Adresse glattes satiniertes Papier, die Rückseite rauh, d.h. die Glätte durch Wegdünsten beseitigt. Meine kriminalistische Phantasie war also angeregt. Ich machte, indem ich das Couvert an mein Postamt zurücksandte, einen ganz unbekümmerten Protest und verbat mir solches Verfahren als Berufsschädigung; aber es war auch der Anlaß, an den und den zu schreiben, zumal an den Sohn, der damals in Bonn studierte, sich aller höhnenden oder ironischen politischen Bemerkungen in seinen Briefen zu enthalten. Natürlich kann ich nicht sagen, ob gerade dieser mein Schritt Einfluß gehabt hat, daß ich später keine so eklatante Mißachtung des Briefgeheimnisses mehr feststellen konnte, vielleicht hatten sich die technischen Verfahren verfeinert. Aber ich erwähne diese kleinen Geschichten, weil sie im Spiegel der persönlichen Anekdote etwas von dem amtlichen „Brauchtum“ auch gegenüber der privaten Sphäre mitteilen. Ich selber habe etwas daraus gelernt: daß es sich empfahl, sich zu wehren. Erstens waren nicht alle behördlichen Gegenspieler Nationalsozialisten – davon später ein drastisches Beispiel – und zweitens konnte deutliche Unbefangenheit auch Eindruck machen.

Was konnte mein Beschwerdewort von der „Berufsschädigung“ eigentlich besagen? Hatte ich denn noch oder wieder einen Beruf? [. . .]

Jäckh hatte mit Hitler eine Unterredung über die Hochschule für Politik<sup>15</sup>; sie sollte erhalten bleiben, aber natürlich mit einem völligen Wechsel im Lehrkörper, worauf Goebbels entscheidenden Einfluß nahm; Jäckh konnte mir erzählen, daß ich, vor den sozialistischen oder jüdischen Kollegen, die Liste der zu entlassenden Dozenten führte. Immerhin, es war Jäckhs Geschicklichkeit gelungen, für einige wissenschaftliche Arbeitspläne einen Fond noch verwerten zu können, den er durch M. Butler von der Columbia University<sup>16</sup> erhalten hatte – seltsame Sache, daß ich für die Weiterführung der vor einigen Jahren begonnenen Niederschrift einer Naumann-Biographie mit 1000 amerikanischen Dollars ausgestattet wurde!

<sup>15</sup> Zu dieser Unterredung, der eine weitere mit Goebbels folgte, vgl. Ernst Jäckh, *Der Goldene Pflug*, Stuttgart 1954, S. 496; ders., *Weltsaat, Erlebtes und Erstrebtes*, Stuttgart 1960, S. 129ff. E. Jäckh, 1875–1959, war der Begründer und eigentliche Leiter der Deutschen Hochschule für Politik, er emigrierte noch 1953 erst nach England, dann nach den USA.

<sup>16</sup> Nicolas Murray Butler, 1862–1947; 1901–1945 Präsident der Columbia University.

Mit dem Dozieren war es also nichts mehr. Ich hielt noch ein paar mehr oder weniger „geheime“ Vorträge vor vertrauten alten Parteikreisen, einmal im Buchlager von Felix Meiner<sup>17</sup> in Leipzig, einem Kameraden aus dem Brentano-Seminar, ein andermal im Katholischen Gesellenheim zu Wiesbaden, im Ratskeller zu Hannover, überall vor geladenen Gästen – kein geringerer als mein Freund, der Staatssekretär B. W. von Bülow<sup>18</sup>, beschwor mich, derlei aufzugeben, wobei er mir zugleich mitteilte, er werde mit seinem Auto wegen der auffallenden Nummer IA 4 nicht mehr vor meinem Hause parken, sondern in der Nähe. Also wurde auch er beobachtet, denn er hatte die Einladung, der NSDAP beizutreten, abgelehnt und damit, nach seiner Aussage, seine Position innerhalb des Auswärtigen Amtes gestärkt, aber es wäre sinnlos gewesen, sie zu gefährden. Auch bat er mich, gemeinsame alte Freunde, wie etwa den bisherigen Botschaftsrat in London, den unbefangenen Grafen Albrecht Bernstorff<sup>19</sup>, vor der Offenheit seiner Urteile zu warnen – man spürte aus den Gesprächen mit beiden und anderen, wie die Luft in der hohen Beamtung begonnen hatte, mit Denunziation und Mißtrauen durchsetzt zu werden.

Es begann im Ablauf des Jahres 1933 die schwierigste berufliche Situation meines Lebens. Eine Aufgabe fand sich wieder; die „Hilfe“, bei der ich als einundzwanzigjähriger Jüngling als Redakteur gesteckt hatte, war nach Naumanns Tod von einer Gruppe alter Freunde herausgegeben worden (Anton Erkelenz, Gertrud Baeumer, Walter Goetz), zunächst eingegliedert in den Sieben-Stäbe-Verlag, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund gehörte, und vor geraumer Zeit von dessen verlegerischem Geschäftsführer Hans Bott<sup>20</sup> in eigene Verantwortung übernommen – dieser bat mich jetzt, Herausgeberschaft und Redaktion zu übernehmen. Damit beginnt eine Zusammenarbeit und Freundschaft, die heute, da diese Zeilen niedergeschrieben werden, sich über drei Jahrzehnte bewährt hat. Es war ein Experiment, über dessen ökonomische oder gar politische Wirkungen keiner der Beteiligten sich irgend welche Illusionen machte oder gar machen konnte.

Aber es bot sich für mich die Möglichkeit, publizistisch nicht ganz mundtot zu werden. Jäckh hatte im Jahr zuvor mit einigen Bekannten im Verlag einer Rundfunkzeitung ein Wochenblatt gegründet, das den pompösen Titel erhielt „Der Staat seid Ihr“<sup>21</sup> – in dem Herausgeberkreis fand ich, ein paar Mal Gast, die besorgte Ricarda Huch. Gustav Stolper, dessen Deutscher Volkswirt von mir neben ein paar Aufsätzen vor allem mit innenpolitischen Glossen versehen wurde, erfuhr sehr früh ein zunächst befristetes Verbot seiner Zeitschrift; er spürte rasch, daß sein so eindrucksvolles Wirken in diesem verwandelten Deutschland aussichtslos

<sup>17</sup> Meiner, 1885–1965, war einer der angesehensten deutschen Verleger.

<sup>18</sup> Bernhard v. Bülow, 1885–1936, seit 1930 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Berlin.

<sup>19</sup> Graf Albrecht von Bernstorff, geb. 1890, am 25. 4. 1945 von der Gestapo erschossen, verließ nach der Machtergreifung das Auswärtige Amt, um in eine private Bank einzutreten.

<sup>20</sup> Hans Bott, geb. 1902, wurde 1931 Verleger der Hilfe. 1949 wurde Bott persönlicher Referent des Bundespräsidenten, später, bis 1959, Ministerialdirektor und stellv. Chef im Bundespräsidialamt.

<sup>21</sup> Der Staat seid Ihr, Zeitschrift für deutsche Politik, erschien seit 1931 im Verlag Hermann Reckendorf, Berlin.

geworden; er war gezwungen, sein Werk aufzugeben und Deutschland zu verlassen; die peinlichen Umstände sind in der von seiner Frau verfaßten Biographie beschrieben<sup>22</sup>. [. . .] Mit seinen Nachfolgern war ein Einverständnis im alten Sinn weder erstrebt noch erreichbar. Ich selber mußte die Erfahrung machen, daß eine große heimische Zeitung, die früher mich sehr brav als ihren Mitarbeiter schätzte, einen harmlosen literarischen Aufsatz über Isolde Kurz nur mehr unter einem Pseudonym abdruckte!<sup>23</sup> Eine frühe Warnung vor kommenden Dingen.

Immerhin, wir fingen mit der „Hilfe“ an. Auf Redaktionsbezüge verzichtete ich, und erhielt nun eben das bescheidene Zeilenhonorar für die von mir geschriebenen Beiträge; es fanden sich ein paar mit Naumann ehemals befreundete Männer und Frauen, die eh und je ein paar Dutzend Abonnements bezahlten. Die Bemühungen, irgendwie zu einer halbwegs tragenden Stellung privater Natur zu kommen, mißlangen.

Es setzte jetzt Ellys große Zeit ein. [. . .] Elly war von dem Leiter des Evangelischen Presseverbandes, den er mit Eifer und Einfällen in Schwung zu bringen verstand, von dem schwäbischen Theologen Professor Hinderer<sup>24</sup>, als Vertreter in den Berliner Rundfunkrat gesandt worden, hatte dort mit guten Ratschlägen sich eine Position geschaffen, regelmäßig für eine Fachzeitschrift nach ihrer Wahl kurze Rezensionen geschrieben und selber gelegentlich kleine pädagogische oder soziologische Vorträge gehalten. Jetzt wurde sie, im Frühjahr 1933, von der pharmazeutischen Firma Wybert, Lörrach, die ihrem Basler Vetter gehörte, gebeten, sie bei der Werbung zu beraten – eine Konkurrenz hatte begonnen, sich dieses Instrumentes zu bedienen. Es war eine aufgeregte und aufregende Zeit. Denn Elly, obwohl im engeren Sinn wenig musikalisch, doch wohl mit Sinn für Rhythmus, hatte einen entscheidenden Einfall, – sie erfand das „akustische Firmen- oder Warenzeichen“, das eine Darbietung eröffnete und abschloß. Vorher war dafür, wenn überhaupt, ein zufälliger Volksliedmelodienschnörkel verwendet. Zwei Fachzeitschriften schrieben gleich Artikel, daß da etwas Neues vorgeführt werde, juristische Freunde untersuchten, ob sich dieser Einfall nicht patentieren lasse (was aber nicht ging), und Elly erfuhr bald genug, wie „ahnungslos“ bescheiden sie in ihren Honorarforderungen sei – aber immerhin, die beiden nächsten Firmen, die sich an sie wandten, waren Henkel-Waschmittel und Beiersdorff mit Nivea und Pebeco – also mit die größten [auf Werbung angewiesenen]<sup>25</sup> Firmen, und an Aufträgen fehlte es, ehe der Krieg die Käuferlage verwandelte, überhaupt kaum mehr. Freilich, die ganze Rundfunk-Waren-Werbung war bedroht, weil Goebbels nur mehr politische Propaganda zulassen wollte; Elly ging damals zu Schacht auf

<sup>22</sup> Toni Stolper, Gustav Stolper, 1888–1947, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit, Wien – Berlin – New York, Tübingen 1960, S. 316ff.

<sup>23</sup> Theobald Schwab (Theodor Heuss), Isolde Kurz, Zu ihrem 80. Geburtstag am 21. Dezember, in: Stuttgarter Neues Tagblatt 20. 12. 1933.

<sup>24</sup> August Hermann Hinderer, Direktor des ev. Presseverbandes für Deutschland, Herausgeber des „Eckart“, s. 1927 theol. Professor in Berlin.

<sup>25</sup> Im Or.: „Werbefirmen“.

die Reichsbank – sie hatte 1918 mit ihm Wahlreden gehalten; jetzt legte sie ihm ihre in die Zehntausende Mark gehenden Aufträge an Sprecher, Sänger, Musiker vor, und Schacht erreichte es, daß das Verbot um dreiviertel Jahr verschoben wurde, (daß die Komponisten ihrer kleinen Stücke lauter „Nichtarier“ waren, sagte sie ihm aber vorsichtshalber nicht).

[...]

Eduard Stadtler<sup>26</sup>, der gegen Ende des Krieges als Elsässer wieder an der Ostfront eingesetzt war, hatte in Berlin eine „Antibolschewistische Liga“ begründet und auch die Heilbronner Begegnung erneuert; er war jetzt in den Ullstein-Konzern eingetreten und hatte die Idee, mich um eine Autobiographie zu bitten, die den Weg von Naumann zu Hitler darstellen sollte; das war natürlich eine Fehlbitte. Aber, er war ein Schüler des Straßburger Historikers Martin Spahn. Ob nicht meine Frau ihr Leben darstellen wolle? Sie sagte ja und diktierte in dem von Vinzentine-rinnen geführten Erholungsheim in Badenweiler in ein paar Wochen einer jungen jüdischen Bekannten, die nun auch „frei“ geworden war<sup>27</sup>. Aber Stadtlers Gastrolle bei Ullstein ging bald zu Ende; das reizvolle Buch, in das wir dann [...] Landschaftszeichnungen von mir hineinpackten, wurde dann von Hans Bott herausgebracht und hat später, um seiner Anmut willen, eine Auflage von einigen Zehntausenden erreicht<sup>28</sup>.

Es ergab sich, daß Berlin für mich eigentlich sicherer war. In den kleinen Städten waren früh die lokalen Rachebedürfnisse in Gang gesetzt worden; sie siegten, meinen engen Freund, den Heilbronner Bankdirektor Friedrich Mück<sup>29</sup>, in Schutzhaft zu halten; sollte er vor dem Volkszorn, sollte das Volk vor ihm geschützt werden? Über derlei hat man damals fast noch harmlos diskutiert. Mein ältester Bruder, Stadtarzt in Heilbronn geworden und durch sein tätiges sozialpolitisches Wesen wohl die volkstümlichste Figur der Stadt, war 1932, knapp fünfzigjährig, jäh gestorben; ob wir zur Hochzeit der ältesten Tochter im Spätjahr 1933 kommen konnten, mußte von den Verwandten erst vorsichtig festgestellt werden. Bei den alten Freunden in Stuttgart herrschte ziemliche Wirrnis – man käme gut durch die arge Sache, wenn man „förderndes Mitglied der SS“ werde. Die Amerikaner haben sich nach 1945 nicht an diese Lesart gehalten und manche braven Leute in arge berufliche Schwierigkeiten gebracht.

Die große liberale Berliner Presse war durch Goebbels dem Tode geweiht worden – jener Versuch von Eduard Stadtler, den Ullstein-Konzern vom Buchverlag her umzuschalten, wurde bald aufgegeben. Ullstein ersuchte Erich Welter zusammen mit Friedrich Gubler<sup>30</sup>, die beide tragende Figuren der „Frankfurter Zeitung“

<sup>26</sup> Eduard Stadtler, geb. 1886, nach 1933 vorübergehend Direktor des Ullstein Buchverlags; zu den Beziehungen der Familie Heuss zu Stadtler s. Elly Heuss-Knapp, *Ausblick vom Münsterturm*, 10. Aufl., Tübingen 1966, hier das Nachwort von Ernst Ludwig Heuss S. 161.

<sup>27</sup> Fräulein Ruben, eine Schwester von Martha Jäckh.

<sup>28</sup> Elly Heuss-Knapp, *Ausblick vom Münsterturm*, a. a. O.

<sup>29</sup> 1879–1936, Direktor der Handels- und Gewerbebank, Heilbronn A.G., Heilbronn a. N.

<sup>30</sup> Erich Welter ist heute Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; Friedrich

geworden waren, die „Vossische Zeitung“ zu retten, doch auch dies war, bei aller Qualität dieser Männer, ein vergebliches Bemühen – es spielte in meinem eigenen journalistischen Leben eine gewisse Rolle. Denn man bat mich, den Abgesang, eine Geschichte der „Vossischen Zeitung“ zu schreiben, mit den literarischen Erscheinungen des Lessing, des Alexis, des Fontane; drei volle große Zeitungsseiten, aber – anonym<sup>31</sup>! Das spätere Zwangsschicksal kündigte sich abermals an.

Immerhin, als Vertreter der „Hilfe“ wurde ich noch zwei-, dreimal zu Konferenzen eingeladen, einmal nach Neuburg an der bayrisch-österreichischen Grenze, dann in Berlin. Man erhielt etwas belehrende Vorträge, arg vorsichtige Propaganda, lernte aber ein paar Leute kennen, die am Rande der Parteiengeschichte schon ihren Namen hatten. In der Erinnerung blieb Edgar Jung, ein eindrucksvoller Kopf, man spürte, daß man mit ihm unbefangen reden konnte; er war Pfälzer, der Widersacher des dortigen Separatisten Heinz Orbis – ein Buch gegen die Weimarer Verfassung und Politik, „Die Herrschaft der Minderwertigen“, hatte mehrere Auflagen erreicht. Als ich ihm durch Max Hildebert Böhm vorgestellt wurde, frug ich ihn mit dem Ausdruck der völligen Unbefangenheit: „Sind Sie jetzt zufrieden?“ „Wieso?“ „Jetzt haben Sie ja die Herrschaft der Minderwertigen.“ Das mochte riskant sein, aber der Mann hatte ein sauberes Gesicht. Er machte mir Vorhaltungen, daß ich nicht die große Verteidigung des Bürgertums auf mich genommen hätte, aber ich erklärte ihm, daß ich von jedem solche Vorhaltungen entgegennähme, nur nicht von einem Mann seiner Art. Das ergab nun ein Gespräch, das sich nie vergessen konnte, es hat sich ein paarmal wiederholt, das voll von Eifersucht, ja von Schmähbedürfnis gegen Hitler und seinen Kreis war, erstaunlich offenherzig. Er glaubte Papen, dem er seine Bildung für die Reden zur Verfügung stellte.

[...]

Welcher Art die persönlichen Beziehungen von Edgar Jung in München zu dem Hitlerkreis gewesen sind, weiß ich nicht – er war der ghostwriter des Franz von Papen geworden und war unvorsichtig genug, eigenwillige staatsphilosophische Formulierungen in Aufsätzen von Rudolf Pechels „Deutscher Rundschau“ zu verwenden, die, weit über Papens Bildungssubstanz hinausgehend, in dessen Reden wiederkehrten. So war der Zusammenhang dem aufmerksamen Leser früh offenkundig, und als im Frühsommer 1934 die interne Machtprobe zum Austrag kam, wurde Jung, wie zahlreiche Leute, ums Leben gebracht. Diese „zweite Revolution“ mußte für uns, die wir mit der Partei und ihren Gruppierungen keinerlei Berührung besaßen, völlig überraschend kommen. [...]

Die Nachricht, die uns an dem Schreckenstag noch erreichte, war völlig verwirrend – wir waren bei Freunden am Reichskanzlerplatz zum Abendessen, auf der Heimfahrt im Obergeschoß des Omnibus sprachen die Leute von den Ereignissen, wir erfuhren unter den Namen der Erschossenen den und den Parteinamen, auch

Gubler, 1899–1965, hatte 1930 die Leitung des Feuilletons der „Frankfurter Zeitung“ übernommen; er kehrte bald nach der Machtergreifung in seine schweizer Heimat zurück.

<sup>31</sup> Theodor Heuss, *Drei Jahrhunderte, Aus der Geschichte der „Vossischen Zeitung“*, in: *Vossische Zeitung*, 25., 28. und 31. März 1934.

den des bösartigen fränkischen Gauleiters, wobei wir Streicher mit dem General von Schleicher verwechselten. [. . .] Nicht weit von unserer Wohnung lag die Gardeschützenkaserne und von dort erklangen in geringen Abständen Gewehrschüsse – eine Exekution folgte der anderen. Nach wenigen Tagen, da die Ermordung der Generale von Schleicher und von Bredow in den Zeitungen stand, auch des bayrischen Staatskommissars Gustav von Kahr und von Gregor Strasser neben einigen ganz unpolitischen Namen, mußte man sich ein Bild machen, daß in diese wüste Affäre vorbeugend ein Rachefeldzug gemischt war. [. . .]

Die Redaktion der „Hilfe“ war mehr artistische Publizistik als Politik – wir waren keine Träumer, die noch geglaubt hätten, Wirkungen ausüben zu können. In einiger Zeit merkten wir, daß Rudolf Pechel vor allem durch historische Beiträge, seinem Organ, der „Deutschen Rundschau“, die Sprechmöglichkeit der „volkskonservativen“ Gruppe erhalten wollte. Der Freund und Ministerkollege Brünings Gottfried Treviranus war etwas wie die tragende Kraft; ich war im Sommer 1934 wiederholt mit ihm zusammen, weil er für den 70. Geburtstag des Grafen Cuno von Westarp eine kleine überparteiliche Feier vorbereitete, wobei ich ihn beriet; dann aber ergab sich, daß er selber, vom Tennisplatz, über die deutsche Grenze fliehen mußte, um sich in England, Canada, später der Schweiz eine neue Existenz aufzubauen. Die frühe Freundschaft hat sich später erneut bewährt.

Im Raum des Politischen blieb mein wichtigster Mitarbeiter der frühere preußische Finanzminister Dr. Hermann Höpker-Aschoff, in den musischen Dingen gab ich auch jüdischen Freunden die Chance, ihr Wissen und ihr Urteil gedruckt zu sehen. Das hat manche in der Übergangszeit, bevor ihnen die Auswanderung gelang, getröstet. Ich selber war sehr darauf bedacht, das Blatt von dem Jargon freizuhalten, der damals in der Presse seinen Einzug hielt. Das war technisch nicht ganz leicht, denn ich wollte vermeiden, daß der Begriff „Führer“ bei uns Heimatrecht erhalte und vermied ihn; wenn er aber in einem Beitrag auftauchte, was wohl unvermeidlich war, nachdem das Wort im August 1934 – Hindenburg war gestorben – seine staatsrechtliche Weihe erhalten hatte, man mag das für kleinlich erklären – ich habe in den Manuskripten ganze Zeilen unleserlich gemacht und dann einfach „Hitler“ geschrieben, um nicht dem Denunziantenbedürfnis irgend eines mir fremden Drucksetzers ausgeliefert zu sein.

Daß ich solchen technischen Kleinkram im Gedächtnis behielt und hier gar erwähne, mag recht überflüssig erscheinen, es passierten damals gewichtigere Dinge. Aber es steckt doch einige Zeitalmosphäre in solchen Verfahren – man war gezwungen, in einer Art von Betrug zu arbeiten. Das steigerte sich mit den Jahren. Im Anbeginn hatte mir einer von den Herren, die aus der Pressestelle des Auswärtigen Amtes in das Propaganda-Ministerium versetzt waren<sup>82</sup>, fast heiter mitge-

<sup>82</sup> Gemeint ist Werner Stephan, geb. 1895, 1922 Reichsgeschäftsführer der DDP, 1929 Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung, die verwaltungsmäßig zum Auswärtigen Amt gehörte; sie wurde im März 1933 und mit ihr St. in das Reichspropagandaministerium übernommen; s. Werner Stephan, Joseph Goebbels, Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 9f. St. gehörte 1919–33 zum festen Mitarbeiterkreis der Hilfe. In der NS-Zeit stand er in

teilt, sie freuten sich immer auf die neue Nummer der „Hilfe“, um zu sehen, wie ich mich zu der oder der Sache verhalte, aber dann warnten sie mich, und ich wollte selber etwas zur Klärung beitragen, indem ich mich einfach in dem Pressebüro der Gestapo anmeldete. Die Unterhaltung verlief höflich, aber sie blieb, wie sich bald, als eine neue Warnung kam, herausstellte, wirkungslos. Es lag ein ganzer Stoß von Hilfe-Nummern vor. Sie waren von Werningerode eingesandt, wo ein jüdischer Bewohner dabei beobachtet wurde, wie er sie auf einer einsamen Waldbank las. In dem Büro der Albrechtstraße wurden sie dann überprüft und mir an der und der Stelle das „Abweichen von der Linie“ vorgehalten. Ich spielte den Harmlos-Naiven und beriet den Beamten, die Regierung müsse eigentlich für solche Stimmen dankbar sein, sie sich sogar bestellen, wegen des Eindrucks auf das Ausland. Aber der Beamte – ich wußte, daß er früher zur Volkspartei gehörte – belehrte mich wohlwollend, solches Verfahren entspreche nicht dem Stil der neuen Regierung. [...]

Irgendwann mußte ich mich darauf einrichten, daß ich doch für die Partei nicht nur in meiner Berufsfunktion, die man mir genommen hatte, interessant werden könnte. Bei meinem Freund Hermann Luppe, dem früheren Oberbürgermeister von Nürnberg, der nach Berlin übergesiedelt war, hatte eine Haussuchung schon stattgefunden. Man hatte bei ihm seltsamerweise nur ein paar Bücher mit expressionistischer Kunst weggenommen. Ich selber hatte mich auf eine Haussuchung vorbereitet, indem ich einige Korrespondenzen vernichtete. Darunter waren einige Briefe von Otto Strasser, der mir, ohne daß ich ihm je begegnet war (und bin), Lobeshymnen über mein Hitler-Buch geschrieben hatte. Durch Herbert Blanck hatte ich von dem völligen Bruch dieses Bruders von Gregor Strasser, der für Jahre ins Exil ging, erfahren.

Das zweite Papierbündel waren die Gerichtsakten und Anwaltsdokumente in dem Prozeß, der zwischen Franz Ullstein und Georg Bernhard, dem bisherigen Chef der „Vossischen Zeitung“, geführt wurde. Die Reichstagsfraktion war unsicher, ob Bernhard in dem Wahlkampf für Potsdam noch einmal aufgestellt werden sollte, und hatte einen Ehrenrat unter dem Vorsitz des pommerschen Oberpräsidenten Lippmann eingerichtet, dessen einer Teilnehmer, von der Fraktion berufen, der preußische Landtagsabgeordnete Otto Nuschke war, während Bernhard mich benannt hatte, der ich damals keinem Parlament angehörte. Es sollte nun eben ein Journalist sein. Die Aufgabe war wohl das quälendste Unterfangen, dem ich mich je ausliefern ließ, mit gräßlich vielen Vernehmungen und Beurteilung von Korrespondenz. Das Ergebnis war nun ein einstimmiges Votum dieser drei Schiedsrichter gegen Bernhard, und ich wollte das nicht in Nazi-Hände geraten lassen.

Das dritte Faszikel, das verschwand, war die Korrespondenz über die Erneuerung meiner Kandidatur in Württemberg.

ständigem Kontakt mit Heuss, konnte auch die Anwendung mancher NS-Schrifttumspolitik-Maßnahme von Heuss abwenden. 1951–53 war St. Geschäftsführer der „Dankspende des Deutschen Volkes“, 1955–59 Bundesgeschäftsführer der FDP, danach Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die zweite Gelegenheit, da sich die Partei um mich persönlich kümmerte, lag aber in der Sphäre der Steuerbekundungen. Ich bekam etwa für acht Tage einen Steuerbeamten ins Haus mit dem Ergebnis, daß Elly für ihre Geschäftsbuchführung ein Lob erhielt, – ich aber einen Verweis. Ich war zwar gar nicht rechtlich für meine freie Schriftstellerei zur Buchführung verpflichtet, hatte aber in einem Büchlein die Einnahmen brav notiert, freilich um der Erinnerung willen mich dabei der Stenographie bedient und die Titel meiner Aufsätze vermerkt. Das Stenographieren aber war nicht zulässig und ich mußte, nachdem meine frühere Steglitzer Steuerstelle in Wegfall gekommen war, mit der Hilfe der alten Bankverbindungen die Jahre noch einmal neu durcharbeiten, wobei sich ergab, daß ich sechshundert Mark Steuern nachzuzahlen hatte. Das war erträglich.

Aber dann kam eine zweite Steuerfahndung. Es war den Leuten der große Unterschied zwischen den Einkommensteuererklärungen und der Vermögenssteuer aufgefallen. Den sollte ich aufklären. Ich schrieb also ganz brav nieder, daß ich während der in die zwanziger Jahre zurückreichenden Periode a) die Erbschaft von Georg Friedrich Knapp angetreten hatte, die so gering war, daß sie der Steuerpflicht gar nicht unterlag (lauter Staats- oder Gemeindeobligationen, die jetzt in die Aufwertung gekommen waren), b) daß Elly fünftausend Franken von einer verstorbenen Schweizer Kusine erhalten hatte, und c) daß ich eine Reihe dieser Jahre Reichstagsdiäten empfangen hatte, die nicht steuerpflichtig waren. Mit diesem Aufschrieb ging ich auf das Steueramt am Gardeschützenweg, legte sie dem Steuerbeamten vor und fragte ihn, ob ich noch bei meiner Heilbronner Bank eine Aufstellung über meinen dort liegenden Vermögensbesitz anfordern solle. Der Beamte, den ich bislang gar nicht kannte, sah sich meinen Aufschrieb an und schlug auf den Tisch: „Für diese Bande da oben ist das schon mehr als genug!“ Ob dieser Herr Engel von meinem öffentlichen Wirken irgendeine Vorstellung hatte oder ob er sich nur von seinen Oberen gekränkt fühlte, daß sie seine Geschäftsführung beanstandeten, ahne ich nicht. Aber ich beschloß sofort, dem Mann ein kleines Denkmal zu setzen, wenn ich irgendeinmal über diese meine Nazierfahrungen etwas erzählen würde.

Die Erfahrung hatte mich schon gelehrt, daß die NSDAP verschiedene Kontrollinstanzen eingerichtet hatte, darunter die Parteiamtliche Prüfungskommission, der zeitgeschichtliche Darstellungen zur Genehmigung vorgelegt werden mußten. Ohne daß mit mir Fühlung genommen war, erfuhr ich eines Tages durch den Berliner Vertreter der Deutschen Verlags-Anstalt, Dr. Kurt Pagel<sup>33</sup>, daß das fertige Manuskript des Naumann-Buches vor geraumer Zeit zur Überprüfung an diese Kammer übergeben worden war. Das zwang mich, mit diesem „Amt“ Fühlung zu nehmen. Zufällig traf ich beim damaligen Vorsitzenden des Berliner Schwabenervereins einen schwäbischen Literaten, dem es ähnlich gegangen war. Er hatte eine Biographie von Kemal Pascha geschrieben<sup>34</sup>, die auch ohne sein Wissen an diese

<sup>33</sup> Dr. Karl Pagel, geb. 1898, Verleger und Schriftsteller.

<sup>34</sup> Gemeint ist Fritz Rössler mit seinem Buch: Kemal Pascha (in der Reihe: Männer und Mächte), Berlin 1934.

Stelle geleitet worden war, und er machte mir einen sehr trivialen, aber nicht unnützen Vorschlag, Tag um Tag, morgens und abends dort anzurufen, um mich nach dem Ergebnis der Kontrolle zu erkundigen. Der Mann auf der Gegenseite begriff durchaus meine Situation, auch eben dies, daß meine Arbeit gar nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun habe und teilte mir mit, daß bei ihnen auch Oldenburg-Januschaus Lebenserinnerungen vorgelegt werden mußten, der mit dem gleichen Einwand sich lange erfolglos wehrte.

Daß ich diesem Mann nach unserer täglichen Zwiesprache nicht das „Du“ anbot, ist mir in der Erinnerung erstaunlich geblieben. Immerhin wurde ich zu einer Besprechung eingeladen, und zwar jetzt nicht zu meinem Telephon-Partner, sondern zum Leiter der Amtsstelle<sup>35</sup>, einem jungen Historiker. Ich war gespannt, was einmal das Schicksal der langen Arbeit sein würde. Es lagen drei Gutachten vor, von wem diese stammten, konnte ich nie erfahren, aber das Buch wurde zum Druck freigegeben, unter einigen Bedingungen, etwa dieser, daß aus einer Kapitelüberschrift die Wortfolge „Der Weg zum nationalen Sozialismus“ entfernt würde. Hier nachzugeben, konnte mir nicht zu schwer fallen. [...]

#### Nachwort

Das Manuskript seiner „Erinnerungen 1905–1933“ (Tübingen 1963), des zweiten autobiographischen Werks von Theodor Heuss nach den „Vorspielen des Lebens“ (Tübingen 1953), wurde im Januar 1963 abgeschlossen. Im April, also unmittelbar, nachdem die letzten Korrekturen des Erinnerungsbandes gelesen worden waren, begann Heuss mit der Niederschrift einer Fortsetzung seiner Erinnerungen. Ein erstes Kapitel erhielt die Überschrift: „Die Machtergreifung“, ein zweites: „Das Ermächtigungsgesetz“. Jedoch dieses zweite Kapitel sollte nicht mehr abgeschlossen werden. Während der Niederschrift, besonders im Mai und Anfang Juni, als Heuss sich im Schwarzwald auf der Bühler Höhe aufhielt, begann sich sein Gesundheitszustand zunehmend zu verschlechtern. Anfang Juni mußte er das Katharinen-Hospital in Stuttgart aufsuchen, und Heuss, der sonst alle seine wichtigen Schriften in der ersten Fassung mit der Hand niedergeschrieben hatte, mußte hier versuchen, noch einige Seiten der Erinnerungen zu diktieren. Ende Juni stellte er auch das Diktat ein. Zum Schreiben sollte ihm die Krankheit, die sich im Juli weiter verschlimmerte, keine Zeit und Ruhe mehr lassen. Zwar konnte Heuss nach dem Aufenthalt im Krankenhaus für kurze Zeit wieder in sein Stuttgarter Haus zurückkehren, mußte es aber bald wieder mit dem Krankenhaus vertauschen, wo er sich im August einer Amputation unterziehen mußte. Im Oktober wurde er aus dem Krankenhaus entlassen, aber seine Gesundheit war unwiederbringlich angegriffen; er starb am 12. 12. 1963. Im Rohmanuskript steht das zweite Kapitel dieses Erinnerungstorsos ganz unter dem Einfluß der fortschreitenden Krankheit. Als ob Heuss geahnt hätte, daß ihm zum Schreiben nicht viel Zeit blieb, begann er mehrfach unvermittelt in das Kapitel eine Reihe von Erlebnissen und Beobachtungen einzuflechten, die sich auf die gesamte NS-Zeit, also auch auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges, bezogen. Dadurch ging der

<sup>35</sup> Der Leiter der „Amtsstelle“ war „Reichsleiter“ Philipp Bouler, sein Stellvertreter „Hauptamtsleiter“ Karl-Heins Hederich; vgl. Karl-Heins Hederich, Die parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums, ihre Aufgabe und Stellung in Partei und Staat, Breslau 1937, (Sonderdruck aus Walther Gehl, Der nationalsozialistische Staat, Heft 3).

Darstellung zum Teil der innere Zusammenhang verloren, auch ließ die Kraft zur sonst so eigenwilligen und für Heuss typischen Formulierung nach.

Auch begann das Gedächtnis zu versagen, was zu Namenverwechslungen und Ungenauigkeiten im Detail führte. Das Manuskript wurde Heuss kurz vor seinem Tode noch einmal vorgelesen. Er sagte, in dieser Form könne es nicht veröffentlicht werden. Deshalb wurden hier nur die Teile über die Machtergreifung (ungekürzt), die Erinnerungen an das „Ermächtigungsgesetz“ sowie all die Schilderungen abgedruckt, die sich auf die publizistische Tätigkeit von Heuss in den ersten Jahren der NS-Zeit beziehen. Die Kürzungen sind im Text durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Das Gesamtmanuskript, Umfang in maschinenschriftlicher Abschrift 45 Seiten DIN A 4, wird später für biographische Arbeiten zur Verfügung stehen, zur Kommentierung der Aufzeichnungen von Heuss 1945–1947 (Veröffentlichung des Theodor-Heuss-Archivs, Tübingen 1966) wurde es bereits verwendet. *Eberhard Pikart*